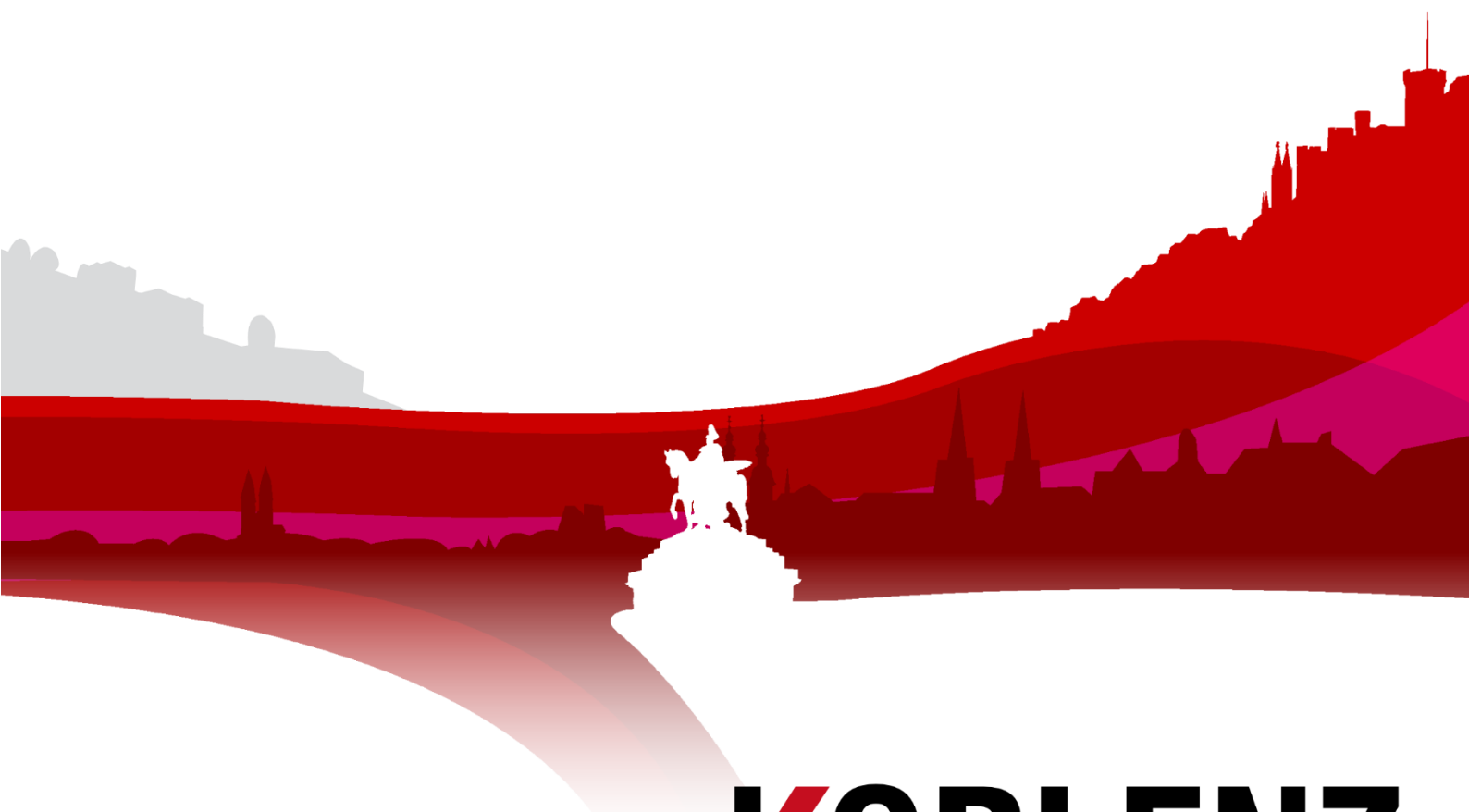


Die Unterrepräsentanz von Frauen in der Koblenzer Kommunalpolitik

Eine Ursachenanalyse und Handlungsempfehlung



KOBLENZ
VERBINDET.

Einleitung

Elisabeth Selbert, Marie Juchacz, Hedwig Dohm: Die deutschen Geschichtsbücher sind voll von Namen großer Frauen, die ihrer Zeit voraus mutig und unbeirrt für die Gleichberechtigung und politische Gleichstellung von Frau und Mann kämpften, ganz im Gegensatz zu den Parlamenten der Bundesrepublik Deutschland. Hiervon bildet Koblenz auch mehr als 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechtes keine Ausnahme.

Dabei ist Koblenz eine moderne Stadt, eine bunte Stadt voller engagierter Bürgerinnen und Bürger – die jedoch nicht in gleichem Maße Einzug in die kommunale Politik gefunden haben. Diese Untersuchung soll die Frage auswerfen, warum dem so ist. Hingegen soll nicht die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit einer paritätischen Besetzung der kommunalpolitischen Gremien aufgeworfen werden. Denn nicht nur ist eine gleichmäßige Teilhabe von Frauen und Männern in der Politik Wunsch des Großteils der Bevölkerung.¹ Auch hat der Gleichstellungsausschuss der Stadt Koblenz durch Beauftragung dieser Untersuchung einen Handlungsbedarf in dem Bereich der politischen Gleichstellung festgestellt.

Gefragt ist folglich viel mehr, welche Ansätze und Maßnahmen sinnvollerweise ergriffen werden können, damit mehr Koblenzerinnen ein kommunalpolitisches Mandat in Koblenz wahrnehmen. Denn dies ist nicht nur Bürger- sondern auch ein Bürgerinnenrecht – und das sogar schon seit mehr als 100 Jahren.



¹ Neu, V. & Henry-Huthmacher, C.: *Mehr Frauen in die Politik? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage vom Herbst 2019* (Stand: 30.06.2022) <https://d-nb.info/1214178871/34>. [2019].

Impressum:

Amt 10 für Personal und Organisation
Rathausgebäude 2
Willi-Hörter-Platz 2
56068 Koblenz

Tel.: 0261 – 129 4648

Theresa.lambrich@stadt.koblenz.de

Diese Untersuchung wurde unterstützt von der Gleichstellungsstelle, der Abteilung Kommunalstatistik und Stadtforschung, der Stadtverwaltung Koblenz sowie Frau Mirjam Bomba (Stadtinspektorantwärtlerin).

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Koblenz ist eine bunte und moderne Stadt. Gelegen an Vater Rhein und Mutter Mosel. An unseren Flussufern grüßt nicht nur ein Kaiser, sondern auch eine Kaiserin unsere Gäste. Und mit 51,4% ist sogar mehr als die Hälfte unserer Bevölkerung weiblich. Beste Voraussetzungen also, um eines Tages ein historisches Ereignis zu feiern: politische Parität.



Leider ist der Weg dahin auch 2022 noch lang. Aber der Anfang ist getan: Im Auftrag des Gleichstellungs-ausschusses unserer Stadt hat die Verwaltung diese Untersuchung durchgeführt, an deren Ende Maßnahmen vorgeschlagen werden, die sich zur Steigerung des Anteils von Frauen und auch anderer, unterrepräsentierter Gruppen in der Koblenzer Kommunalpolitik eignen.

Gehen können wir diesen Weg jedoch nur gemeinsam. Gemeinsam mit Politik, Verwaltung und unseren Bürgerinnen und Bürgern. Denn viele der Vorschläge richten sich vor allem an Parteien und Wählergruppen. Wir als Stadtverwaltung Koblenz reichen mit dieser Maßnahmen-Empfehlung die Hand und begleiten sie gerne auf dem Weg zu einem paritätischen und möglichst bunten Stadtrat.

Denn ich bin überzeugt: Vielfalt ist ein Gewinn für uns alle. Und es ist besser, miteinander zu reden als übereinander. Also sollte unser Ziel eine möglichst breite Teilhabe der Bevölkerung sein. Gehen wir es an!

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'David Langner'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'D'.

David Langner

1. Ausgangspunkt – Die Ist-Analyse	1
1.1 Das zeigen die Zahlen - Kommunalwahl 2019	2
1.2 Das sagen Kommunalpolitiker:innen –Expert:inneninterviews	5
1.3 Das sagen Koblenzer:innen – Bürgerpanel 2021	11
2. Handlungsempfehlung – Soll-Konzeption	13
2.1 Mentoring-Programm	13
2.2 Vernetzungs-Treffen	15
2.3 Videokonferenzen/Hybride Sitzungen	16
2.4 Begrenzung der Redezeit	17
2.5 Image-Kampagne	17
2.6 Ratsbesuche von Schulklassen und Schulworkshops.....	19
2.7 Ausschussbesetzung mit Nicht-Rats-/Nicht-Parteimitgliedern	20
2.8 Wünsche der Kommunalpolitikerinnen	20
3. Schlusswort	22

1. Ausgangspunkt – Die Ist-Analyse

Das Frauenwahlrecht ist ein vergleichsweise junges Recht. Männer hatten lange Zeit ein Prärogativ auf Mandate, Räte und insgesamt die Vorherrschaft in der Politik, weshalb auch die Strukturen patriarchal geprägt sind. Dies ist als eine wertungsfreie Feststellung zu verstehen und eine logische Entwicklung in Anbetracht dessen, dass Frauen erst „nachträglichen“ Einzug in die Politik erhielten. Die Unterrepräsentanz allein mit individuellen Gründen erklären zu wollen, würde daher die realen Gegebenheiten verkennen.

Innerhalb dieser Untersuchung werden deshalb neben individuellen vor allem strukturelle und soziologische Barrieren untersucht. Zugleich sollen Potenziale identifiziert werden, um eine Handlungsempfehlung mit konkreten Maßnahmen auszusprechen, die geeignet sind, den Frauenanteil in der Koblenzer Kommunalpolitik steigern zu können. Gegenstand der Untersuchung ist die Stadt Koblenz. Der Fokus liegt auf der Wahl zum Stadtrat, zugleich soll aber auch die Kommunalpolitik insgesamt betrachtet werden. Als maßgebliche Referenz dieser Untersuchung soll die jüngste Kommunalwahl, sprich die Wahl 2019, dienen; vorhergehende Kommunalwahlen werden ebenfalls berücksichtigt und als Referenz herangezogen, um mögliche Entwicklungen und Trends zu erkennen.

Hierzu wurden

- die Wahlergebnisse,
- die Strukturen der örtlichen Parteien und Wählergruppen,
- deren Wahlvorschläge,
- sowie der Prozess in seiner Gänze

unter die Lupe genommen und bilden neben statistischen Erhebungen und aktuellen Erkenntnissen aus der Wissenschaft einen wichtigen Bestandteil der Untersuchung. Ergänzt wurden diese durch Gespräche mit verschiedenen lokalen Parteifunktionär:innen sowie halb-standardisierten, leitfadengestützten Interviews mit Mandatsträgerinnen und anderen, in der Koblenzer Kommunalpolitik aktiven Frauen, die aktuell kein Mandat innehaben. Insbesondere das hieraus gewonnene, subjektive Deutungswissen (persönliche Erfahrungen, Eindrücke und Motive) ist einerseits wertvoller Bestandteil der Untersuchung der individuellen Ebene, andererseits ergeben sich hieraus gleichermaßen Hinweise auf Hürden und Potenziale im Bereich der strukturellen Ebene.

Weiterhin fanden die Ergebnisse des Bürgerpanels 2021 und damit Einstellungen und Einschätzungen der Bürger:innen Einfluss.

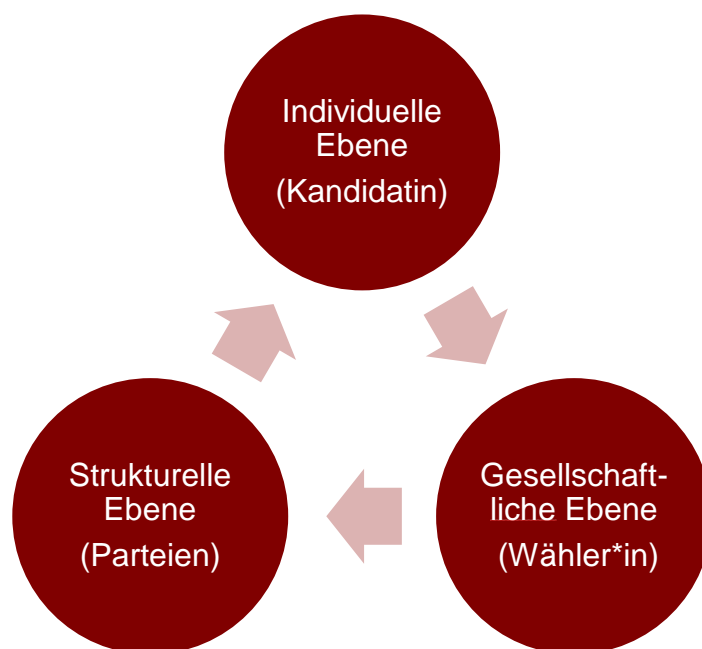


Abbildung 1: Die Analyse-Ebenen²

1.1 Das zeigen die Zahlen - Kommunalwahl 2019

Auf kommunaler Ebene liegt der Anteil von Frauen in den kommunalpolitischen Gremien (Gemeinde-, Verbandsgemeinde- und Stadträte sowie Kreistage) in Rheinland-Pfalz bis heute unterhalb der 30% Marke. Im Vergleich der Landkreise und kreisfreien Städte liegt die Stadt Koblenz dabei mit einem Frauenanteil von 32,14% auf Platz 15 von 36. Ein Platz im Mittelfeld ist insbesondere im Hinblick darauf, dass der Frauenanteil in der Kommunalpolitik im ländlichen Raum im Durchschnitt niedriger ist als der in urbanen Stadtgebieten ein Indikator dafür, dass es in Koblenz große, nicht genutzte Potenziale gibt.

Betrachtet man den Weg der Koblenzerin zur Mandatsträgerin im Stadtrat, so befindet sich die Wahl mittig auf der Zeitachse. Denn der Weg der Koblenzerin in den Stadtrat beginnt wesentlich früher, nämlich mit der Entscheidung zur Kandidatur:



Abbildung 2: Auf dem Weg zur Mandatsträgerin

² Nach Holtkamp, L., Wiechmann, E. & Schnittke S.: *Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik* (Stand 30.06.2022) <https://www.gwi-boell.de/assets/gwi-boell.de/images/downloads/Abschlussbericht.pdf> [2009].

„**Koblenzerin**“ meint dabei die Summe aller potenzieller Bewerberinnen um einen Listenplatz. „**Bewerberinnen um einen Listenplatz**“ sind all jene Koblenzerinnen, die sich entschieden haben, zu kandidieren und sich um einen Platz auf einer Liste einer Partei oder Wählergruppe bewerben. Nachdem diese Bewerbung erfolgreich war, wird aus der Bewerberin eine „**Kandidatin**“. Erst hier setzt die Wahl im engeren Sinne an. Erhält die Kandidatin sowie deren Partei oder Wählergruppe ausreichend Stimmen, wird sie zur „**Mandatsträgerin**“.

Um geeignete Ansatzpunkte zur Steigerung des Frauenanteils in der Koblenzer Kommunalpolitik zu identifizieren, ist zunächst festzustellen, an welchem Punkt besonders viel Potenzial eingebüßt wird auf dem Weg der weiblichen Stadtbevölkerung – die in etwa die Hälfte ausmacht – hin zu den weiblichen Ratsmitgliedern – die nur weniger als ein Drittel bilden.

Den Zahlen nach scheint die höchste Hürde die **Entscheidung für eine Kandidatur** zu sein: Vergleicht man den Anteil der weiblichen, wahlberechtigten Koblenzer Bevölkerung mit denen, die sich zu einer Kandidatur bereit erklärt haben, ist hier eine Differenz von 12,80 % festzustellen.

Hingegen erhielten all jene Frauen, die sich um einen Listenplatz beworben haben, in den entsprechenden Versammlungen der Parteien und Wählergruppen auch einen Listenplatz, wenn auch nicht zwangsläufig den angestrebten.

38,60 % der Kandidierenden auf den Listen waren also weiblich, nur 32,14 % wurden jedoch gewählt, sprich rund 16 % haben es nicht in den Stadtrat geschafft. Dies könnte daran liegen, dass die Wähler:innen durch das Kumulieren und Panaschieren die Listenreihenfolge verändert haben und Frauen nach unten gewählt wurden („Wahlbenachteiligungsthese“). Aber auch das Gegenteil könnte der Fall sein. Demnach hätten Parteien und Wählergruppen die vorderen Plätze überwiegend mit Männern besetzt und Frauen wären nicht stark genug „nach oben“ gewählt worden („Diskriminierungsthese“). Hier verschafft eine detaillierte Betrachtung der Listen und der Personen-Wahlergebnisse Abhilfe:

Unter den zehn erfolgreichsten Kandidierenden (den Personen, die die meisten Einzelstimmen erhalten haben) waren drei Frauen, sprich rund 33 % und damit nur ein Drittel. Um ein unverfälschtes Bild zu erhalten, muss jedoch die Frage gestellt werden, wie hoch der Frauenanteil überhaupt auf den ersten zehn Plätzen der Parteien und Wählergruppen war. Dieser betrug 40%. Eine signifikante „Abstrafung“ durch die Wähler:innen kann hier nicht festgestellt werden. Zudem ist es auch einigen Kandidatinnen gelungen, durch besonders gute Einzelergebnisse gleich mehrere Listenplätze nach vorne gewählt zu werden.

Erweitert man die Analyse (oder begrenzt sie im Falle der Parteien und Wählergruppen mit geringeren Stimmanteilen) auf **vermeintlich aussichtsreiche Plätze**, gibt dies Aufschluss über das Verhältnis Frauen und Partei. Indikator für diese Plätze soll hier die vorausgegangene

Kommunalwahl sein. Wie viele Sitze haben die aktuell im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen bei der Kommunalwahl 2014 erreicht – und wie viele dieser vorderen Plätze hat sie an Frauen vergeben?

Partei/Wählergruppe	Mandate nach Wahlergebnis 2014	Frauenanteil auf diesen Listenplätzen 2019
Grüne	8	62,50 %
CDU	21	28,60 %
SPD	14	50 %
Freie Wähler	6 ³	16,70 %
AfD	2	0 %
WGS	Nicht angetreten	--
Linke	2	0%
Die Partei	2	0%
Insgesamt	19	33,90 %

Abbildung 3: Auswertung Aussichtsreiche Plätze (Quelle: Ergebnisse der Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 in Koblenz; Kommunale Statistikstelle Stadt Koblenz)

Nur 33,90 % der vermeintlich aussichtsreichen Plätze gingen an Frauen. Vergleicht man nun diese Zahl mit dem Anteil der erfolgreichen, weiblichen Kandidatinnen, so ergibt sich lediglich eine Differenz von unter einem Prozent.

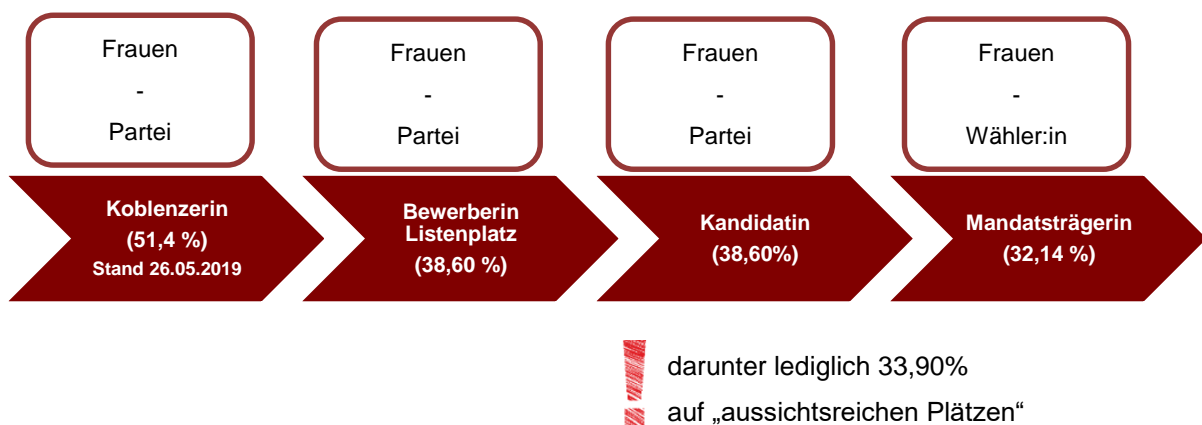


Abbildung 4: Aussichtsreiche Listenplätze (Quelle: Öffentliche Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahl des Stadtrates der Stadt Koblenz am 26 Mai 2019)

³ FWG ist in der aktuellen Konstellation 2014 nicht angetreten; Referenz BIZ und FBG.

Unter den Fraktionsvorsitzenden, sprich den **kommunalpolitischen Führungspositionen** im Stadtrat, werden lediglich zwei von neun Fraktionen von Frauen geführt. Diese beiden Fraktionen, Grüne und SPD, sind zugleich diejenigen, die den höchsten Frauenanteil aufweisen.

Während die Zahlen und Wahlergebnisse Aufschluss darüber geben, an welchem Punkt Frauen auf dem Weg zur Stadträtin aussteigen, so lassen sich die Beweggründe hierzu nur vermuten. Eine reine Diskriminierung durch die Wählerschaft (soziologische Ebene) lässt sich ausschließen (s.o). Die individuelle und strukturelle Ebene bleiben bislang wenig berücksichtigt. Fragen nach dem „Warum“, wie

- warum bewerben sich Frauen nicht um einen Listenplatz oder aber
- warum kandidieren sie größtenteils nicht auf vorderen, aussichtsreichen Listenplätzen,

darüber sollen die Gespräche mit Kommunalpolitikerinnen sowie Parteifunktionär:innen Aufschluss geben, ebenso wie über (Macht-)Verhältnisse zwischen den verschiedenen Akteuren, die Einfluss auf den kommunalpolitischen Werdegang der Koblenzerinnen haben.

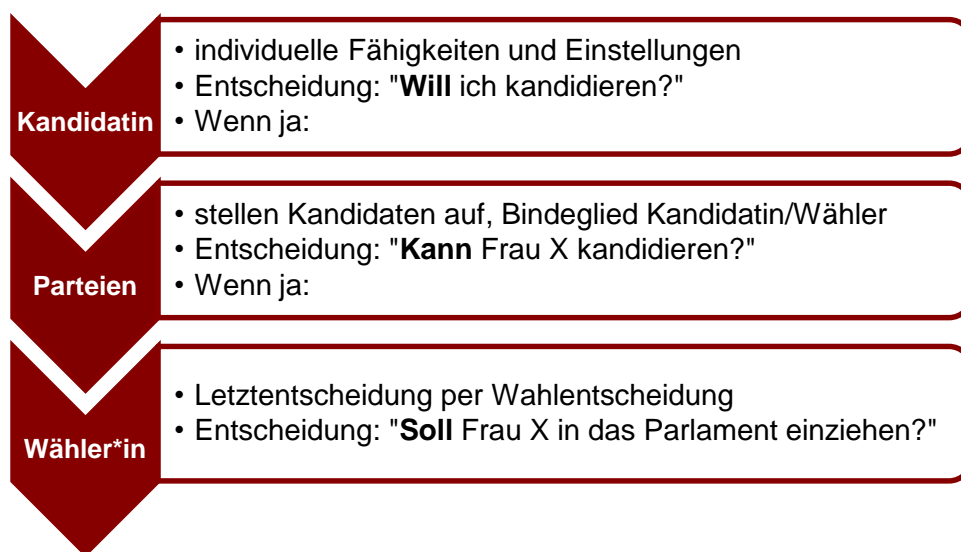


Abbildung 5: Entscheidungsträger:innen auf dem Weg zum Mandat

1.2 Das sagen Kommunalpolitiker:innen –Expert:inneninterviews

Vorbemerkung: Zur Durchführung der Interviews sind Kommunalpolitikerinnen (mit oder ohne Mandat) der aktuell im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen angefragt worden. Aufgrund der eingegangenen Rückmeldung und der Vielfältigkeit der Profile der Interviewpartnerinnen konnte ein breites Bild erreicht werden. Es wurden Frauen, die Fraktionen mit einem hohen Frauenanteil angehören, sowie Parteimitglieder, deren Fraktionen wenige bis keine Frau im Rat haben, befragt. Gleiches gilt für die Parteifunktionär:innen. Weiterhin wurden junge sowie erfahrene Kommunalpolitikerinnen, kinderlose Frauen und Mütter interviewt. Aus Gründen des Datenschutzes finden die Ergebnisse anonymisiert in diese Untersuchung Einfluss.

Anhand halb-standardisierter, leitfadengestützter Interviews wurden verschiedene Koblenzer Kommunalpolitikerinnen zu ihrem **persönlichen, kommunalpolitischen Werdegang**, ihren **Erfahrungen** und ihrer **Motivation** befragt. Personen, die eine Verantwortung im Bereich der Listenaufstellung haben, wurden in einem freien Gespräch, insbesondere zum **Listenaufstellungsverfahren**, befragt.

Die Interview-Fragen orientierten sich an den drei Analysebereichen: der individuellen, strukturellen und soziologischen Ebene. Durch sie sollte herausgefunden werden, wer die Koblenzer Kommunalpolitikerinnen sind und weshalb sie für ein Mandat kandidiert haben – oder eben nicht. Ergänzend hierzu wurden alle Kommunalpolitikerinnen gefragt, was sie sich für die Kommunalpolitik wünschen würden, um im Optimalfall konkrete Maßnahmenvorschläge von einer Gruppe der wichtigsten Stakeholder zu erhalten: den potenziellen Koblenzer Mandatsträgerinnen.

Nach einer qualitativen Inhaltsanalyse werden die wesentlichen Aussagen der Interviews hier anonymisiert wiedergegeben. Es handelt sich um Erfahrungen und Eindrücke der Kommunalpolitikerinnen, die hier keinerlei Wertung erfahren, sondern als subjektive Berichte wichtiger Bestandteil für die Erarbeitung sinnvoller Maßnahmen sind:

- Alle Befragten, die ein Mandat innehaben, wurden aktiv aus dem persönlichen Umfeld angesprochen, ob sie für ein Mandat kandidieren möchten (meist von Parteimitgliedern). Auslöser für politische Aktivität sind oftmals extrinsisch, bspw. ein politisch aktives Umfeld, oder eben die direkte Ansprache durch eine Partei anstatt (ausschließlich) intrinsischer Motivation. (*individuelle, strukturelle Ebene*)
- Den Befragten, die sich bereit erklärten zu kandidieren, war ein oder sogar der angestrebte Listenplatz nahezu sicher. Sie mussten sich zwar einer Wahlversammlung stellen, allerdings erhielten sie durch den Vorstand Unterstützung bei der Kandidatur. (*strukturelle Ebene*)
- Nahezu alle Befragten hatten zunächst Bedenken gegenüber einer Kandidatur und haben sich vorab gründlich über den mit dem Mandat verbundenen Workload informiert. Fast alle mussten von der Vereinbarkeit von Mandat mit Familie und/oder Beruf durch andere Parteimitglieder überzeugt werden. Nahezu alle hatten Sorge, den eigenen Ansprüchen aufgrund des Zeitmangels nicht gerecht werden zu können. (*individuelle, strukturelle Ebene*)
- Eine Befragte vermutet in der Zurückhaltung anderer Frauen mangelndes politisches Selbstbewusstsein und mangelnden politischen Ehrgeiz; auf sich selbst bezogen konnte sie jedoch diese Einstellung zu Beginn der eigenen politischen Karriere nicht bestätigen. (*individuelle Ebene*)

- Der Zeitaufwand ist es auch, der Befragte ohne Mandat davon abhält zu kandidieren. Diese engagieren sich eher in der Partei, wo sich die Intensität des eigenen Engagements flexibler gestaltet und die Verpflichtung geringer ist. Im Rat würden zudem oftmals durch verschiedene Fraktionsmitglieder „künstliche“ Diskussionen geführt, wobei die Fraktionen bereits im Vorfeld Absprachen und Entscheidungen in derselben Angelegenheit getroffen hätten, was die Sitzungsdauer nahezu unplanbar mache. *(strukturelle Ebene)*
- Zeitgleich wird der Kommunalpolitik durch die Befragten das Potenzial attestiert, auf kurzen Wegen viel erreichen zu können. Auch der enge Kontakt zu Bürger:innen wird durch Befragte mit und ohne Mandat positiv gewertet. *(strukturelle, gesellschaftliche Ebene)*
- Befragte mit Mandat geben an, sich mehr Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen und mit der Verwaltung sowie insgesamt eine sachorientiertere Arbeit zu wünschen. *(strukturelle Ebene)*
- Insbesondere die jüngeren Befragten mit und ohne Mandat, beklagen die zeitliche Vereinbarkeit von Mandat und Beruf. Sitzungszeiten seien nicht nur für Frauen, sondern auch für junge Menschen und Berufseinsteiger:innen, ungünstig. Die Pandemie-Zeit habe hier Entlastung geschaffen, da durch Sitzungen per Videokonferenzen Fahrtzeiten entfallen und Ausführungen durch Ratsmitglieder auf die wesentlichen Punkte reduziert worden seien. Neben der allgemeinen Dauer ist vor allem die Unplanbarkeit der Sitzungsenden ein Problem für eine Befragte. *(strukturelle, individuelle Ebene)*
- Alle Befragten, die zeitgleich ein Mandat wahrnahmen/wahrnehmen und Kinder im betreuungsbedürftigen Alter hatten/haben, erhielten/erhalten Unterstützung durch Familienangehörige, die während der Sitzungszeiten die Betreuung übernehmen. *(individuelle, gesellschaftliche Ebene)*
- Die Befragten gaben an, sich bereits aus beruflichem oder privatem Interesse heraus mit einem Teil der Themen gut auszukennen. In die anderen Themen konnten sie sich gut einarbeiten; ein Wissensdefizit oder ein mangelndes Selbstbewusstsein in Bezug auf die benötigten Kenntnisse und Fähigkeiten bestand bei keiner der Befragten, mit oder ohne Mandat. Einige Befragte erhielten zu Beginn Unterstützung durch Parteikolleg:innen. *(individuelle, strukturelle Ebene)*
- Keine der Befragten hat in ihrer politischen Arbeit direkte Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts erfahren. Einige machten jedoch weniger offensichtlich sexistische Erfahrungen: So wurden ihnen aufgrund ihres Geschlechts Kompetenzen in gewissen Bereichen (z.B. beim Thema Bauen) aberkannt oder sie wurden insgesamt unterschätzt. Im Wahlkampf und im Kontakt mit Wähler:innen hat keine der Befragten diskriminierende Erfahrungen gemacht. Wenn sich eine Frau bereit erklärt hat zu kandidieren, ist dies – wenn überhaupt – positiv gewertet worden. *(strukturelle, gesellschaftliche Ebene)*

- Der Großteil der befragten Mandatsträgerinnen war vor der Kandidatur bereits Parteimitglied. Eine Befragte hat jedoch lange Zeit als Nicht-Mitglied auf einer Liste kandidiert, mit großem Erfolg. Hier war es nach eigenen Angaben die Bekanntheit, wegen der sie gefragt worden ist, und nicht das Geschlecht und das Bedürfnis der Partei nach einer „Quotenfrau“. (*strukturelle Ebene*)
- Eine andere Befragte hat gegenteilige Erfahrungen gemacht und beklagt, dass kaum auf die Wünsche/Bedürfnisse junger Frauen eingegangen wird. Konkrete Maßnahmen zur Schaffung einer frauenfreundlicheren Atmosphäre seien ein wirksames Signal und würde mehr Frauen akquirieren. (*gesellschaftliche Ebene*)
- Mandatsträgerinnen sind oft bereits in verschiedenen ehrenamtlichen Bereichen (beispielsweise Vereinen) aktiv. Aufgrund diesen Engagements verfügen sie oftmals über ein gutes, soziales Netzwerk. Durch die Bekanntheit erhöhen sich gleichermaßen die Chancen, von einer Partei oder Wählergruppe aufgestellt und später auch gewählt zu werden. (*strukturelle, gesellschaftliche Ebene*)
- Nahezu alle befragten Mandatsträgerinnen sind in einem – nicht zwangsläufig parteiabhängigen – Frauennetzwerk aktiv und finden dies sinnvoll. Während eine Befragte insbesondere den „geschützten Raum“ eines Frauennetzwerkes schätzt, bewertet eine andere Netzwerke insgesamt als wichtig für erfolgreiches kommunalpolitisches Engagement. Eine der Befragten ohne Mandat gibt an, ein Frauennetzwerk nicht für sinnvoll zu halten bzw. hieran nicht teilnehmen zu wollen, da sie nicht auf ihre Eigenschaft als Frau reduziert werden wolle, sondern vielmehr eine neutrale Behandlung wünsche. (*individuelle, strukturelle, gesellschaftliche Ebene*)

Auf der „anderen Seite der Liste“ stehen die Parteifunktionär:innen. Zwar sind es dem Grunde nach eigens einberufene Versammlungen der Parteien und Wählergruppen, die über die Zusammensetzung der Liste entscheiden. Und dem Gesetz nach stehen die Listenplätze auch jeder Person, die das passive Wahlrecht besitzt und seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz in der Gemeinde hat, offen. In der Praxis ist es jedoch so, dass die Erstellung der Liste bereits wesentlich früher beginnt, wie auch die Aussagen der befragten Parteifunktionär:innen bestätigen. Deren **Sichtweise und Erfahrungen bei der Listenaufstellung** können wertvolle Hinweise auf weitere Barrieren und Potenziale geben.

- Einige Befragte erklären, dass ihre Partei/Wählergruppe sich selbst Regeln oder Quoten auferlegt hat und ein gewisses Kontingent an Plätzen nur an junge Menschen, Frauen oder eine andere Gruppe vergeben werden dürfen. Einige Parteien würden daher gezielt um Kandidat:innen mit bestimmten Eigenschaften werben, um diese Quoten zu erfüllen.

Auch regionale Unterschiede (Stadtteile) spielen bei einigen Parteien/Wählergruppen eine Rolle bei der Listenzusammensetzung.

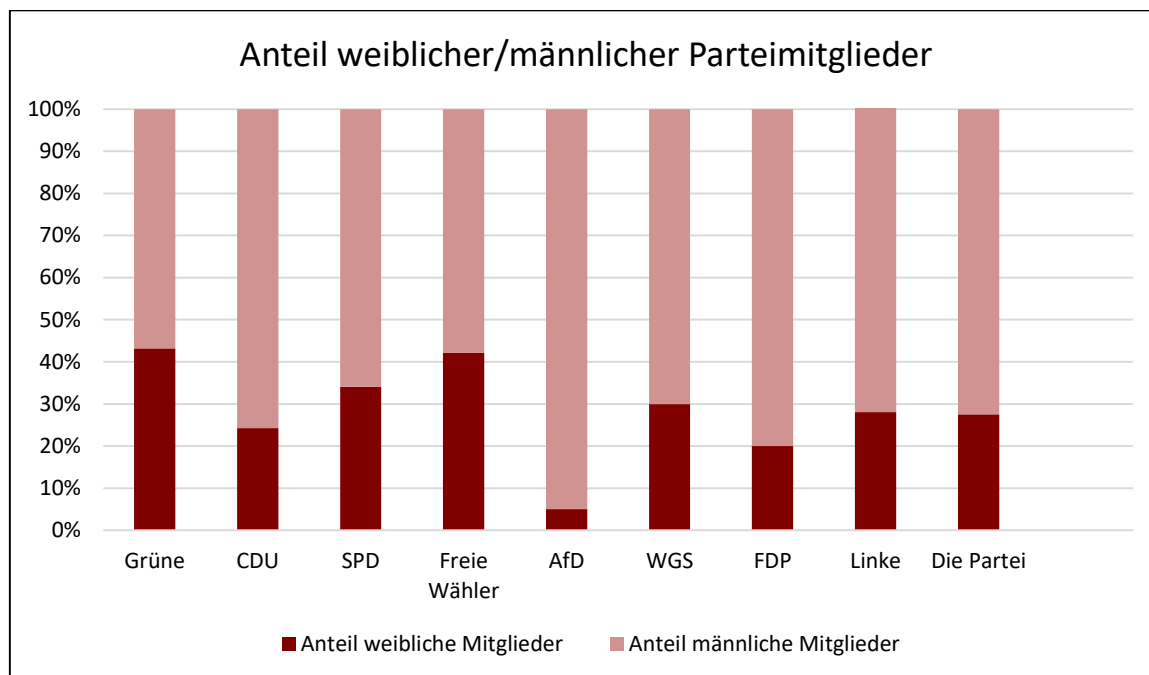
- In der Regel erfolgt nach Angabe der Befragten ein Vorschlag für die Liste aus den Reihen des Parteivorstandes. Während der Versammlung könnte grundsätzlich jedoch jede Person für jeden Platz kandidieren. Das letzte Wort hätten die Delegierten der Versammlungen, die über jede Person und jeden Listenplatz abstimmen können.
- Die Befragten in Vorstandsfunktionen beginnen nach eigenen Angaben die Listenaufstellung bereits lange vor der Versammlung. Innerhalb aller Parteien führen – meist die Vorstandsmitglieder - vorab Gespräche mit potenziellen Kandidat:innen und fragen Interesse für eine Kandidatur ab. Personen, die in der Vergangenheit bereits kandidiert haben, würden meist erneut angesprochen.
- Nahezu alle Parteifunktionär:innen geben an, dass neben Kompetenz und Engagement in der Partei vor allem lokale Bekanntheit einer der entscheidenden Faktoren ist, bei der Auswahl der Ansprache.
- Eine befragte Person führt den niedrigen Frauenanteil auf den Listen auf den niedrigen Frauenanteil in der Partei zurück. Die Liste sei ein Spiegel der Partei.
- Eine andere befragte Person berichtet, dass sich Frauen durchaus überzeugen ließen, zu kandidieren, wenn man ihnen nur erkläre, was genau sie erwarte. Es scheitere viel mehr oft am Willen der Parteien, diese „Anstrengung“ zu unternehmen.
- Einige der Befragten gaben an, dass es schwierig sei, Frauen für eine Kandidatur zu gewinnen, insbesondere für die vorderen Listenplätze, während Männer sich von selbst meldeten und Interesse bekundeten. Dies wird durch einige Befragte Parteifunktionär:innen auf mangelndes politisches Interesse zurückgeführt. Andere vermuten eher, dass dies an einer nicht frauenfreundlichen Kultur liegt.

Insbesondere die letzte These scheint angesichts der Interviewergebnisse fragwürdig, da alle befragten Kommunalpolitikerinnen eine Ablehnung auf den mit der Wahrnehmung eines Mandats verbundenen Zeitaufwandes zurückführen. Nur eine Befragte äußerte eine ähnliche Vermutung bezüglich anderer Kommunalpolitikerinnen, bestätigte mangelndes politisches Selbstvertrauen auf sich bezogen jedoch nicht.

Auch die Erfahrung einer anderen Parteifunktionärin, dass es schlichtweg oftmals einer Erklärung bedarf (bezogen auf die mit dem Mandat einhergehenden Verpflichtungen), spricht gegen mangelnden Willen und politisches Selbstvertrauen als Hauptmotiv, eine Kandidatur abzulehnen.

Zur Überprüfung der These, dass der Mangel weiblicher Kandidatinnen auf den geringen Anteil an Frauen in den Parteien zurückzuführen sei, wurden die Mitgliederzahlen der im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen abgefragt. Die eingegangenen Mitgliederzahlen sind

die aktuellen, durch die Parteien und Wählergruppen übermittelten Daten. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese sich seit der Kommunalwahl nur geringfügig verändert haben.



Partei/Wählergruppe	Anteil weiblicher Mitglieder
Grüne	43,20 %
CDU	24,30 %
SPD	34,10 %
Freie Wähler	42,10 %
AfD	etwa 5 % nach Angabe des Vorstandes
WGS	30 %
FDP	etwa 20 % nach Angabe des Vorstandes
Linke	28,10 %
Die Partei	27,50 %

Abbildung 6: Frauenanteil in den Parteien und Wählergruppen (lokale Ebene)

Die Mitgliederzahlen zeigen, dass auch in den örtlichen Parteien Frauen in der Minderheit sind. Vergleicht man jedoch den Anteil von Frauen in den Fraktionen mit denen der Kreisverbände der Parteien, so ist festzustellen, dass bei einigen Parteien der Frauenanteil innerhalb der Fraktion sogar den der weiblichen Parteimitglieder übersteigt. Bei den Grünen und SPD ist dies auch auf eine Quotierung der Listen (Alternierung mit Frauen-/FLINTA*-Plätzen) zurückzuführen. Die CDU jedoch hat keine alternierte Liste aufgestellt. Dennoch übersteigt der Anteil weiblicher Fraktionsmitglieder den des Kreisverbandes. Bei der FDP hingegen liegt der Frauenanteil weit unter dem Frauenanteil in der Partei.

Der Frauenanteil einer Liste ist also nicht zwangsläufig kongruent zu dem in der Partei und dieser Erklärungsansatz allein erscheint unzureichend.

Wenn auch ein höherer Frauenanteil in der Partei die Gewinnung von weiblichen Kandidierenden erleichtert, so hat dieser nur bedingt Einfluss auf den Frauenanteil auf einer Liste. Andere Faktoren (Quoten, direkte Ansprache, ...) scheinen die größeren Erfolgsgaranten. Wie sich auch aus den Interviews ergeben hat, ist es durchaus denkbar, dass ein Mandat – und damit auch die Kandidatur auf einer Liste – dem parteilichen Engagement vorausgeht. Die Aufstellung von Nicht-Parteimitgliedern kann sich folglich auch zur Mitgliederwerbung von Personen, die sich weniger für Parteipolitik als primär für ein Engagement vor Ort interessieren, genutzt werden.

Die Frage nach der Bereitschaft zu einem Engagement in der Partei und dem in einem Rat, in einer Fraktion, gleicht der nach dem Huhn und dem Ei: Was war zuerst da?

Daher lohnt es sich in jedem Fall, im Rahmen der Handlungsempfehlung auch solche Maßnahmen in den Blick zu nehmen, die sich an Frauen in der Koblenzer Vereinskultur insgesamt, sprich Frauen außerhalb der Räte, Fraktionen und Parteien, richten.

1.3 Das sagen Koblenzer:innen – Bürgerpanel 2021

Das Bürgerpanel 2021 ist eine wertvolle Ressource, die Aufschluss darüber geben kann, weshalb eine hohe Zahl passiv-wahlberechtigter Koblenzerinnen nicht auf einer Liste kandidiert. Im Rahmen des Bürgerpanels wurden per Zufall bestimmte Bürger:innen zu verschiedenen Lebensbereichen befragt.⁴ Für die vorliegende Untersuchung sind vor allem drei dieser Bereiche von Relevanz:

- Das Interesse an der Kommunalpolitik,
- das Vertrauen in die Politik und
- das ehrenamtliche Engagement der Koblenzer:innen.

Ein unterschiedlich stark ausgeprägtes Interesse an der Kommunalpolitik ist zwischen den Geschlechtern nicht festzustellen (weibliche Befragte sind im Schnitt etwas weniger an der Kommunalpolitik interessiert); vielmehr besteht ein Gefälle zwischen den verschiedenen Altersgruppen. 51% der unter 35-jährigen hat kein großes Interesse an der Kommunalpolitik, bei den über 65-jährigen liegt dieser Anteil unter 20%. Dies mag aber auch mit einem Informationsdefizit einhergehen: Ein Drittel der befragten Altersgruppe U-35 gibt an, sich schlecht informiert zu fühlen.

⁴ Stadtverwaltung Koblenz (Kommunalstatistik): *Leben in Koblenz – Koblenzer Bürgerpanel 2021* (Stand: 30.06.2022); <https://www.koblenz.de/downloads/aemter-und-eigenbetriebe/statistikstelle/umfragen/2021-leben-in-koblenz-koblenzer-buergerpanel-ergebnisbericht.pdf?cid=2etd> [2022].

Dies hat negativen Einfluss auf ein politisches Engagement, denn wie die Befragung zeigt, schafft Information Vertrauen: Diejenigen Befragten, die sich stärker für Kommunalpolitik interessieren, sind besser informiert und auch weniger misstrauisch gegenüber „Parteien“ und „Politik“. Insgesamt herrscht gegenüber diesen Items ein wesentlich höheres Misstrauen als gegenüber der „Verwaltung“. Dieses Misstrauen ist bei beiden Geschlechtern in etwa gleich stark ausgeprägt. Dies ist auch eine ungünstige Voraussetzung dafür, dass junge Menschen und somit auch junge Frauen sich politisch engagieren. Zugleich zeigt sich, wie wichtig es ist, zu verdeutlichen, dass bei der Kommunalpolitik mehr örtliche Projekte im Fokus des Geschehens stehen als große parteiideologische Politik. Weiterhin spricht dies dafür, dass sich unter den Nicht-Parteimitgliedern, bereitwillige Kandidatinnen befinden könnten.

Ein kommunalpolitisches Mandat ist ein Ehrenamt, daher ist für diese Untersuchung auch die Einstellung der Bürger:innen der Stadt Koblenz zum Thema Ehrenamt im Allgemeinen interessant. Es besteht eine hohe Korrelation zwischen ehrenamtlicher Tätigkeit und dem Interesse an der Kommunalpolitik: 41% aller Befragten mit einem sehr starken kommunalpolitischen Interesse sind ehrenamtlich tätig. Menschen, die ein Ehrenamt übernehmen, sind in der Regel gewillt, sich für einen Zweck und für die Gemeinschaft einzusetzen. Kommunalpolitiker:innen darf die gleiche Motivation unterstellt werden. Argumentum e contratio liegt die Vermutung nahe, dass Personen, die ein Ehrenamt ausüben, eine erhöhte Bereitschaft zur Wahrnehmung eines kommunalpolitischen Engagements haben. In Bezug auf die weibliche Bevölkerung bestätigt dies eine bundesweite Studie: Nur für 14% der Mandatsträgerinnen im Bundesgebiet ist ein kommunalpolitisches Mandat das erste Ehrenamt.⁵

Eine wertvolle Erkenntnis ist ebenso, dass zwar zwischen der Ehrenamtsquote an sich keine geschlechterspezifische Diskrepanz festzustellen ist, jedoch sehr wohl, wenn es um die **Bereitschaft zur Übernahme eines Ehrenamtes** geht. Diese ist bei Frauen deutlich stärker ausgeprägt. 39% der befragten Bürgerinnen geben eine hohe Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement an. Es ist demnach verwunderlich, dass der Anteil an ehrenamtlich aktiven Koblenzerinnen nicht höher ausfällt. Und stärkt zugleich eine These, dass die direkte Ansprache von enormer Bedeutung ist, um Potenziale zu aktivieren.

⁵ Kletzig, U. & Lukoschat, H.: *Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen* (Stand: 30.06.2022) https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Projekte/Dokumente/P_Engagiert-vor-Ort-Kurzfassung-Studie.pdf. [2010].

2. Handlungsempfehlung – Soll-Konzeption

Wie bereits im Vorwort erläutert, soll nicht die Notwendigkeit einer Frauenförderung per se diskutiert werden. Es werden Maßnahmen vorgeschlagen, die aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse geeignet erscheinen, die festgestellten Herausforderungen anzugehen und Potenziale zu fördern um so die Unterrepräsentanz der Frauen in der Kommunalpolitik zu verringern.

Anhand der gewonnenen Erkenntnisse ergeben sich schwerpunktmäßig verschiedene – potenzielle – Handlungsfelder. Es ist definierbar, worin begründet liegt, dass Koblenzerinnen nicht im gleichen Maße wie Koblenzer zu Kommunalpolitiker:innen werden. Die Umsetzung und eine nachhaltige Steigerung kann jedoch nur gelingen, wenn die maßgeblichen Akteur:innen sich aktiv beteiligen. Und das sind neben den Koblenzerinnen allen voran die Parteien und Wählergruppen als wichtigste Stakeholder und Gatekeeper auf dem Weg der Koblenzerin zum kommunalen Mandat. Sie haben, wie die Untersuchung bestätigt, den größten Einfluss auf den Frauenanteil in der Koblenzer Kommunalpolitik.

Die Stadtverwaltung und insbesondere die Gleichstellungsstelle als fachlich nahestehende Organisationseinheit können unterstützend mitwirken. Das Konzept, insbesondere die umfangreiche Wiedergabe der Ergebnisse der Interviews sowie die konkreten Wünsche der Kommunalpolitikerinnen sollen zudem als Handlungsempfehlung an die Parteien und Wählergruppen seitens der Verwaltung gesehen werden, um selbst Initiative zu ergreifen und Maßnahmen umzusetzen.

Weiter sollen einige konkrete Tools, die sich eignen, den Frauenanteil in der Koblenzer Kommunalpolitik zu steigern, im Folgenden detailliert dargelegt werden. Es wird keine ausdrückliche Empfehlung ausgesprochen, welche der Maßnahmen besonders zu bevorzugen ist, vielmehr soll detailliert die Wirkweise, die Ansatzpunkte und der zu erwartende Nutzen in Relation zu dem voraussichtlichen Ressourceneinsatz gesetzt werden. Alle Maßnahmen eignen sich dienen der Förderung von Potenzialen. Die Entscheidung über die Umsetzung dieses Maßnahmenkatalogs oder aber einzelner Maßnahmen, obliegt maßgeblich der Politik.

2.1 Mentoring-Programm

Maßnahme: Die Kreis- oder Stadtverbände der Parteien/Wählergruppen könnten ein Mentoring-Programm entwickeln und es für Mitglieder sowie Nicht-Mitglieder öffnen. Sofern das Programm für beide Geschlechter angeboten wird, wäre sicherzustellen, dass ausreichend Frauen hieran teilnehmen, um eine Frauenförderung zu erreichen. Jedem Mentee könnte eine oder ein Mentor:in zugewiesen werden. Daneben sollte ein fachliches Rahmenprogramm entwickelt werden, dass der Fortbildung auf den verschiedenen Gebieten der Kommunalpolitik dient (Rhetorik-, Öffentlichkeitsarbeits-, Haushaltsseminare, etc.).

Ansatz: Individuelle Ebene

Frauen, die sich um eine Teilnahme an einem Mentoring-Programm bewerben, kann ein Grundinteresse an der Kommunalpolitik unterstellt werden. Durch das Programm haben sie unmittelbaren Kontakt zu mindestens einer Kommunalpolitikerin. Oftmals werden Mentoring-Programme ergänzt durch fachspezifische Seminare, sodass die angehenden Kommunalpolitikerinnen von Anfang an mit dem nötigen Knowhow ausgestattet werden.

Nahezu alle Parteien bieten bereits eigene Mentoring-Programme an. Diese wenden sich jedoch an Parteimitglieder, die eine Förderung erfahren möchten/sollen und finden zudem meist auf höherer, sprich Landes- oder aber Bundesebene, statt. Dabei eignen sich Mentoring-Programme in „offener Form“ auch zur Entwicklung politischer Potenziale und somit auch zur Mitgliederwerbung, indem sie einen direkten Kontakt zwischen interessierten Bürger:innen und den politischen Akteur:innen vor Ort schaffen. Da der Mangel an Frauen auf den Listen von einem Parteivorsitzenden auch auf den Mangel an weiblichen Parteimitgliedern zurückgeführt wird (s.o.), könnte sich dieses Tool demnach auch zur Steigerung des Frauenanteils unter den Kandidatinnen eignen. Damit aber Frauen überhaupt erst an einem offenen Mentoring-Programm teilnehmen, bedarf es einer **direkten Ansprache**. Ansonsten ist es wahrscheinlich, dass überwiegend Männer an dem Programm teilnehmen werden. Denn einerseits akquirieren Politiker überwiegend weitere Männer; andererseits dringen Frauen eher zurückhaltend in männlich dominierte Bereiche vor – und vice versa. Die Politik ist ein solcher, von Männern dominierter Bereich. Wünscht man einen merklichen Anstieg des Frauenanteils, so bedarf es zu Beginn des Veränderungsprozesses eben einer aktiven Werbung.

Ob sich ein Mentoring-Programm als effiziente Maßnahme zur Steigerung des Frauenanteils in der Koblenzer Kommunalpolitik eignet, erscheint fraglich.

Die Ergebnisse der letzten Jahre, während derer auf Landesebene in Rheinland-Pfalz ein Mentoring-Programm durchgeführt wurde, hatten nicht den gewünschten Effekt, da die strukturelle Benachteiligung diesen verhindert. Im Mentoring-Programm ist keine Maßnahme zu sehen, die strukturelle Barrieren anvisiert. Auch ließ sich bei größeren Städten beobachten, dass Frauen ohne Parteizugehörigkeit auch nach Abschluss des Programms geringe Chancen hatten, durch eine Partei aufgestellt zu werden.

Vielmehr wirkt Mentoring auf der individuellen Ebene, konkret im Bereich „Ansprache“ und „Information“ bei zeitgleich großem organisatorischen Aufwand: Es müssen Kommunalpolitiker:innen als Mentor:innen geworben werden, ein Programm erstellt, Räume und Referent:innen angefragt werden etc. Dies bindet enorme Ressourcen.

Auch verpflichten sich sowohl Mentor:in als auch Mentee längerfristig zu einem zeitintensiven Engagement – angesichts des festgestellten Zeit-Problems, das mit dem Mandat einhergeht (s.o.) könnte dies potenzielle Kandidatinnen abschrecken. Insbesondere in Anbetracht des Ressourcenaufwands und der anvisierten Herausforderungen, erscheint ein Vernetzungstreffen (siehe [2.2 Vernetzungstreffen](#)) daher eine effizientere Alternative zu sein.

Ergänzend dazu könnten die Parteien/Wählergruppen ihren Neumitgliedern zu Beginn einer Wahlperiode Pat:innen zur Seite stellen. Diese Art des „informellen Mentorings“ scheint per se eine sinnvolle Maßnahme, um neuen Mandatsträger:innen den Einstieg in die Ratsarbeit zu erleichtern. Indem bereits a priori eine anfängliche Betreuung zugesichert wird, kann dieses Tool auch im Bereich „Ansprache“ unterstützend wirken.

2.2 Vernetzungs-Treffen

Maßnahme: Die Stadtverwaltung könnte ein Format für Vernetzungs-Treffen zwischen Koblenzerinnen, die sich in örtlichen Vereinen engagieren sowie aktiven Kommunalpolitikerinnen, insbesondere solchen, die Funktionen innerhalb ihrer Partei oder aber bestenfalls sogar ein Mandat innehaben, entwickeln.

Ansatz: Individuelle, Strukturelle Ebene

Die Ergebnisse der Interviews zeigen: Der Mangel an Frauen in der Koblenzer Kommunalpolitik ist weniger in mangelndem Selbstbewusstsein der (potenziellen) Kandidatinnen zu verorten als viel eher in ungünstigen Strukturen, zu wenig Information über die Kommunalpolitik bzw. deren Intransparenz und vor allem **mangelnder Ansprache**. Eine Frauen-Quote bei der Listenaufstellung, ohne dass an dieser Stelle das Für und Wider auf verschiedenen Dimensionen diskutiert werden soll, ist ein sehr wirkungsvolles Tool, da es zum Ergebnis hat, dass ein festgesetzter Anteil der Liste mit Frauen besetzt wird. Dieses Tool ist gerade deshalb so wirkungsvoll, da die Akteur:innen der Parteien und Wählergruppen gefordert sind, aktiv um Kandidatinnen werben, um die Quote zu erfüllen. Aufgrund der Bedeutung der direkten Ansprache soll diese durchweg in der Parteien- und Wählergruppenlandschaft - losgelöst von dem Erfordernis, eine Quote zu erfüllen - gefördert werden. Ein Vernetzungs-Treffen zwischen „Gleichgesinnten“, sprich Kommunalpolitikerinnen und Koblenzerinnen, könnte einen fruchtbaren Boden hierzu bieten.

Darüber hinaus hat die Befragung durch das Bürgerpanel ergeben, dass eine hohe Bereitschaft zur Übernahme eines Ehrenamtes bei den Koblenzerinnen besteht. Das mangelnde ehrenamtliche Engagement in der Kommunalpolitik mag auch an einem Informationsdefizit liegen.

Bringt man diese Erkenntnisse zusammen mit der Tatsache, dass der Großteil der Kommunalpolitikerinnen vor dem Mandat bereits ein Ehrenamt innehat, so scheint es besonders sinnvoll, Frauen, die bereits anderweitig ehrenamtlich aktiv sind, mit Parteifunktionär:innen zusammenzubringen. Ebenso ist es für Parteien besonders erstrebenswert, auf ihren Listen Frauen in hervorgehobenen Vereinsfunktionen aufgrund ihrer Bekanntheit aufzustellen. Diese Frauen haben demnach gute Chancen auf einen vorderen Listenplatz.

Für die Organisation dieser Vernetzungs-Treffen, die einen ersten Kontakt und Austausch ermöglichen sollen, könnten sich verschiedene Stellen innerhalb der Stadtverwaltung aufgrund ihrer politischen Neutralität und dem breit aufgestellten Netzwerk eignen. Denkbar wäre auch eine Kombination mit bereits bestehenden Veranstaltungen der Gleichstellungsstelle. Wichtig wäre jedoch, dass eine gewisse Anzahl an Personen eine persönliche Einladung erhält, denn: die direkte Ansprache ist äußerst effizient.

Weiterhin gaben fast alle Befragten an, Networking grundsätzlich als sinnvoll zu erachten. Die Treffen sollten daher als eine Möglichkeit der Information gesehen werden und eine Gelegenheit, all jene anzusprechen, bei denen aufgrund ihres ehrenamtlichen Engagements der Wille zum Einsatz für das Allgemeinwohl unterstellt werden kann - und somit eine erhöhte Bereitschaft zur Übernahme für ein kommunalpolitisches Mandat zu vermuten ist.

Um die Bereitschaft bei all jenen, die politisch aktiv sind, die aber aufgrund der aktuellen Strukturen und des Zeitaufwandes kein Mandat wahrnehmen, zu erhöhen, muss an einer anderen Stellschraube gedreht werden.

2.3 Videokonferenzen/Hybride Sitzungen

Maßnahme: Die Parteien könnten vermehrt Sitzungen (Fraktionssitzungen, Vorstandssitzungen, etc.) in Videokonferenzen oder hybrider Form durchführen.

Ansatz: Strukturelle Ebene

Viele Koblenzer Kommunalpolitikerinnen empfinden eine große zeitliche Unvereinbarkeit zwischen Mandat, Beruf und Privatleben, sodass sie teilweise nicht erneut oder gar nicht erst kandidieren. Die Befragten sagen zeitgleich, dass die zeitliche Belastung zu Pandemiezeiten geringer war, da vermehrt Sitzungen als Videokonferenzen durchgeführt wurden. Dies lässt sich jedoch nicht ohne Weiteres fortführen. Zumindest nicht, sofern in Ausschuss- oder Stadtratssitzungen Beschlüsse zu fassen sind, denn dies lässt die aktuelle rheinland-pfälzische Gemeindeordnung nicht zu. Gleiches gilt für weitere denkbare Maßnahmen, wie etwa ein geteiltes Mandat oder aber Elternzeit für Mandatsträger:innen.

Auf die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse fällt jedoch nur einen Bruchteil des mit dem Mandat verbundenen zeitlichen Aufwands. Insbesondere Parteitreffen, Fraktionssitzungen etc. nehmen ebenso einen Großteil des Zeitanteils in Anspruch. Hier lässt sich ansetzen. Die Parteien haben die Möglichkeit, in Eigenverantwortlichkeit Fraktionssitzungen und sonstige Sitzungen der Partei per Videokonferenz, oder aber in hybrider Form, abzuhalten. Ebenso wichtig wie die Maßnahme selbst ist eine wirksame Werbung, damit die entsprechenden Zielgruppen – die eigenen Mitglieder sowie die Koblenzerinnen – hiervon erfahren. Dies kann der Mitgliederwerbung dienen – sowohl im Bereich der Kandidatinnen auf einer Liste als auch im Bereich der Mitgliederakquise. Durch eine Zeitersparnis in diesem Bereich könnten

zudem weitere zeitliche Ressourcen für die Präsenztermine freigesetzt werden, wie beispielsweise Termine mit Bürger:innen, den örtlichen Vereinen, etc., die nach Meinung einer Befragten wichtiger Bestandteil der Mandatsarbeit darstellen.

2.4 Begrenzung der Redezeit

Maßnahme: Der Koblenzer Stadtrat könnte die Redezeiten in Sitzungen des Stadtrates begrenzen, damit Sitzungsdauern planbarer werden.

Ansatz: Strukturelle Ebene

In der Macht des Stadtrates liegt es, Redezeiten während der Sitzungen zu begrenzen, wie dies bereits in diversen anderen Gremien gelebte Praxis ist. Zwar werden im Stadtrat oftmals die grundlegenden, abschließenden Entscheidungen getroffen, ein Großteil der Vor- und Sacharbeit wird jedoch durch fachlich spezialisierte Mitglieder in den (Fach-)Ausschüssen geleistet. Eine Begrenzung der Redezeiten in den Ausschüssen des Stadtrates ist folglich weder ratsam noch rechtlich zulässig.⁶ Ein weiterer wesentlicher Teil des (internen) Entscheidungsfindungsprozesses findet in den der Ratssitzung vorgeschalteten Fraktionssitzungen statt bzw. in einer Abstimmung zwischen den Fraktionen durch die Fraktionsvorsitzenden.

Die Begrenzung der Redezeit im Stadtrat hätte folglich zum Ziel, dass Redner:innen ihre Wortbeiträge bereits im Vorfeld auf die wesentlichen Punkte reduzierten und die Dauer der Sitzungen des Stadtrates so insgesamt planbarer würde, wodurch sich ein Ratsmandat nach Aussage der Befragten attraktiver gestalten (s.o.).

Da das Rederecht jedoch eines der fundamentalen Rechte der Ratsmitglieder ist, sollte die Redezeit so festgelegt sein, dass ausreichend Raum verbleibt, der Öffentlichkeit die wesentliche Begründung für eine Entscheidung nachvollziehbar darzulegen. Zugleich wird der Großteil der Öffentlichkeit jedoch weniger durch die Ratssitzungen als vielmehr durch die Nachberichterstattung der Stadtverwaltung, der Presse sowie der verschiedenen Parteien informiert.

2.5 Image-Kampagne

Maßnahme: Die Stadtverwaltung Koblenz könnte unter Einbindung der Parteien und Wählergruppen eine Informations-Broschüre zum Thema Kommunalpolitik erstellen. Daneben sollten kurze Videobotschaften von aktiven Kommunalpolitikerinnen, die über persönliche Erfahrungen berichten, gedreht und über die sozialen Medien gestreut werden.

Ansatz: Gesellschaftliche, Individuelle Ebene

⁶ VG Arnsberg, Urteil vom 05.12.2019 (Stand 30.06.2022) <https://openjur.de/u/2194188.html>.

Das Bürgerpanel zeigt: Ein Drittel der Teilnehmer:innen hat gar kein bis ein sehr schwaches Interesse an der Kommunalpolitik und zugleich geringer Vertrauen in Politik und Parteien. Ungünstige Voraussetzungen, um für ein Engagement in diesem Bereich zu werben. Zugleich hat die Befragung ergeben, dass besser informierte Personen auch ein höheres Vertrauen in Politik und Parteien haben. Daher sollte an der Transparenz und der Zugänglichkeit von Informationen über Politik, insbesondere Kommunalpolitik, gearbeitet werden – und zwar so, dass eine nachhaltige Verbesserung des Images eintritt.

Die Basis für eine gute Information hierzu bildet eine Infobroschüre, die Antworten auf grundlegende Fragen rund um das Mandat sowie die Kommunalpolitik umfasst:

- Wie arbeiten der Stadtrat und seine Ausschüsse?
- Wie komme ich in den Stadtrat oder in einen der Ausschüsse?
- Wer sind die Akteur:innen der Kommunalpolitik? (hier sollten direkte Kontaktdaten angegeben werden, die so allgemein gehalten sein sollten, dass sie nicht permanent aktualisiert werden müssen, beispielsweise die der Fraktionsbüros/Geschäftsstellen)

...

Ein gelungenes Beispiel hierzu hat die Stadtverwaltung Mainz umgesetzt:

https://mffki.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Frauen/Frauen_und_Politik/Buendnis_Frauen_machen_Kommunen_stark/Kommunalpolitik_Informatives_fuer_Frauen_web_1.pdf

Die Broschüre könnte außerdem in verschiedenen Versionen aufgelegt werden. So könnte es neben einer Standard-Broschüre auch eine Broschüre in leichter Sprache geben, um möglichst viele Bürger:innen zu erreichen.

Außerdem sollten für eine ganzheitliche Imageverbesserung nicht nur Printmedien, sondern verschiedene Kanäle bespielt werden – und unbedingt die sozialen Medien. Die „Bühne der Kommunalpolitik“ ist aktuell primär die Rhein-Zeitung. Damit wird jedoch ein Großteil der Koblenzer:innen nicht erreicht. So nutzt selbst der Großteil der Jugendlichen, die sich regelmäßig mittels journalistischer Quellen informieren einer Studie des Leibniz-Instituts nach die sozialen Medien mehrfach wöchentlich, um Neuigkeiten zu erfahren; bei jenen, die keine journalistischen Quellen nutzen tun dies 100% der Befragten.⁷ Posts auf dem Facebook-Account der Stadtverwaltung weisen bereits auf die Pressemeldung zu den wichtigsten Ratsbeschlüssen hin, womit bereits ein Anfang gemacht ist.

Neben diesen „sachlichen“ Informationen sollten Frauen, bei denen gegebenenfalls erst ein Interesse für die Kommunalpolitik geweckt werden soll, auch auf subjektive Weise zielgruppenorientiert angesprochen werden. Erreicht werden kann dies durch ein Format, bei dem Koblenzer Politikerinnen in kurzen Imagevideos einheitliche Fragen beantworten zu

⁷ Hasebring, U., Hölig, S. & Wunderlich, L.: *#usethenews – Studie zur Nachrichtenkompetenz Jugendlicher und junger Erwachsener in der digitalen Medienwelt* (Stand 30.06.2022) <https://cache.pressmailing.net/content/c05ccfb9-cb61-486b-894b-cc44d304324a/UseTheNews.pdf> [2021].

- ihrem Weg in die Kommunalpolitik
- ihren Motiven und Beweggründen
- den umgesetzten Projekten und „Meilensteine“

...

Auch ist eine Einbindung des Koblenzer Jugendrates als Sprachrohr der jungen Generation und als Nachwuchsentscheidungsträger:innen, die ebenfalls unterrepräsentiert sind, denkbar. Denn Botschaften durch bekannte Gesichter werden stärker wahrgenommen.

2.6 Ratsbesuche von Schulklassen und Schulworkshops

Maßnahme: Klassen der Koblenzer Schulen könnten regelmäßig Ratssitzungen besuchen. Im Unterricht sollte hier eine Vor- und Nachbereitung des Besuches stattfinden. Die Vorbereitung könnte zudem durch einen Schulworkshop zum Thema Kommunalpolitik, der durch die Stadtverwaltung organisiert und durchgeführt wird, unterstützt werden.

Ansatz: Individuelle Ebene

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die Maßnahme „Ratsbesuche von Schulklassen“, die zum Ziel hat, frühzeitig einen ersten Berührungspunkt mit der Kommunalpolitik zu schaffen. Dieses Tool dient damit nicht ausschließlich der Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik, sondern ist ein wirksames Werkzeug zur Steigerung des Interesses an der Kommunalpolitik unter jungen Frauen und Männern insgesamt.

Im Vergleich weist insbesondere die Gruppe junger Menschen ein geringes Interesse an der Kommunalpolitik auf (bei den unter 35-Jährigen interessiert sich die Mehrheit nicht für die kommunalpolitische Ebene in Koblenz) und fühlt sich zugleich schlecht hierüber informiert. Durch die Ratsbesuche findet frühzeitig ein – womöglich erster - Kontakt zwischen Kommunalpolitik und einer möglichst breiten Basis junger Menschen statt. Denn da es sich um eine schulische Veranstaltung und somit eine Pflichtveranstaltung handelt, werden auch diejenigen Schüler:innen erreicht, die der Kommunalpolitik grundsätzlich eher ablehnend gegenüberstehen. Diese Ablehnung mag aber an einem Informationsdefizit oder falschen Vorstellung von der kommunalpolitischen Arbeit liegen, dem so entgegengewirkt wird. Durch einen vorbereitenden Schulworkshop würden die Schüler:innen zudem optimal auf den Ratsbesuch vorbereitet und würden das Thema Kommunalpolitik aktiv selbst bearbeiten, wodurch ein besonders nachhaltiger Effekt erzielt werden kann. Hier könnte durch die Stadtverwaltung ein Konzept entwickelt und der Workshop entsprechend bei der Durchführung begleitet werden.

Insbesondere im Hinblick darauf, dass alle befragten Kommunalpolitikerinnen einen direkten Berührungspunkt hatten und nicht aus rein intrinsischer Motivation politisch aktiv geworden

sind, scheint es sinnvoll, durch die Ratsbesuche einen unmittelbaren Kontakt zu schaffen. Denn besser informierte junge Frauen sind der Kommunalpolitik und einer Ansprache für ein politisches Engagement gegenüber aufgeschlossener.

Die nachhaltige Steigerung des Frauenanteils in der Koblenzer Kommunalpolitik ist ein langwieriger Prozess. Dieses Tool ist ein besonders zukunftsgerichtetes, da ein Grundstein für ein kommunalpolitisches Engagement gelegt wird, das Potenzial sich aber womöglich erst die folgenden Jahre entfaltet.

2.7 Ausschussbesetzung mit Nicht-Rats-/Nicht-Parteimitgliedern

Maßnahme: Die Parteien könnten einen gewissen Anteil an Sitzen in Ausschüssen mit Expertinnen, sprich in dem jeweiligen Fachbereich engagierten Frauen, die keine Parteimitgliedschaft innehaben, besetzen.

Ansatz: Individuelle, Strukturelle Ebene

In den Interviews hat eine der Befragten den Wunsch nach mehr projektorientierterer Arbeit sowie die Vermutung, dass diese mehr Frauen zum Einstieg in die Kommunalpolitik bewege, geäußert. In Anbetracht des Zeitmangels sowie der Äußerung nahezu aller Befragten, sich einer Sache vollkommen widmen zu wollen, scheint ein Projekt als zeitlich befristetes Vorhaben mit einem klar definierten Ziel genau das, wonach viele Engagierte streben: Verglichen mit einem Mandat ist die Verpflichtung kurzfristiger und in der Regel weniger zeitintensiv. Auch tritt – der Idee nach – die parteigefärbte Arbeit in den Hintergrund und es besteht eine hohe Sachorientierung.

Aus diesem Grund kann es sinnvoll sein, um Frauen einen niedrighwelligen Einstieg in die Kommunalpolitik zu ermöglichen, Ausschusssitze auch an Frauen ohne Mitgliedschaft in deren Interessenbereich anzubieten. Hierüber können interessierte Frauen in die kommunalpolitische Arbeit eingebunden werden und die Parteipolitik tritt eher in den Hintergrund. Zugleich eignet sich dieses Tool für Parteien, um hierüber Mitglieder zu werben.

2.8 Wünsche der Kommunalpolitikerinnen

Im Anschluss an die Interviews wurden allen Kommunalpolitikerinnen die Frage gestellt, was sie sich für die Kommunalpolitik wünschen würden. Die Antworten beinhalten offen formulierte Wünsche, die die Dringlichkeit/Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen unterstreichen oder aber konkrete andere Vorschläge/Forderungen, die ebenfalls den Parteien und Wählergruppen sowie dem Stadtrat an die Hand gegeben werden sollen:

- Eine bessere Vereinbarkeit des Mandats mit Privatleben oder aber Beruf durch mehr Sitzungen per Videokonferenz oder in hybrider Form.

- Die Möglichkeit, Elternzeit im Mandat zu nehmen.
- Eine bessere Planbarkeit der Sitzungsdauer.
- Einen Aufenthaltsraum für Personen, die Kinder während der Sitzungen betreuen.
- Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit der Kommunalpolitik zur Akquise von Frauen und jungen Menschen.
- Mehr Frauen in der Kommunalpolitik für ein frauenfreundlicheres Klima.
- Sachorientiertere Arbeit auch über Parteigrenzen und mehr projektbezogene Zusammenarbeit, auch mit Bürger:innen.

3. Schlusswort

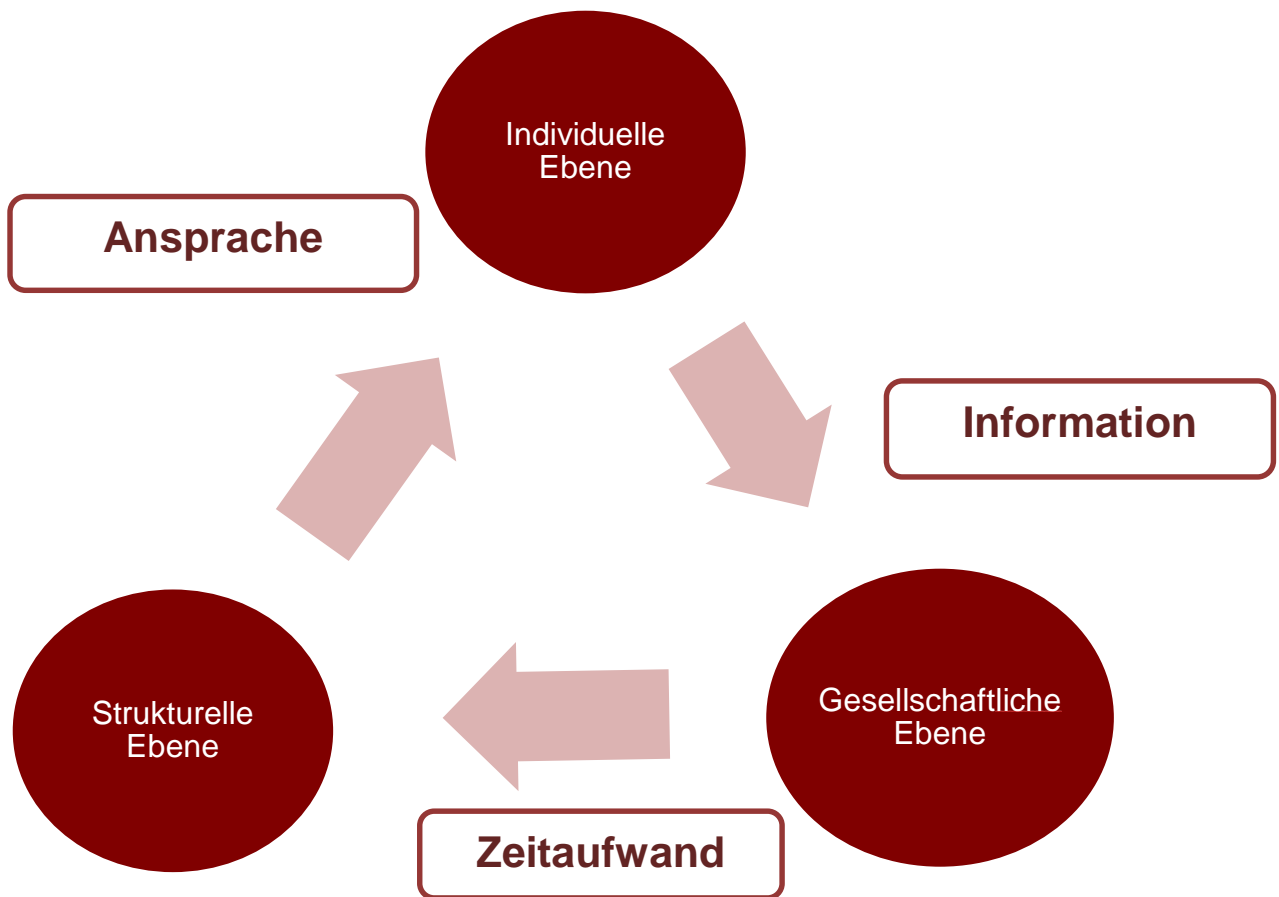


Abbildung 7: Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in der Koblenzer Kommunalpolitik

Mehr als 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts steht fest: Parität hält nicht von alleine Einzug in die Parlamente der Bundesrepublik. Der Weg hin zu einem diverseren Parlament bedarf der gezielten Ansprache und Förderung unterrepräsentierter Gruppen, wenn denn gewollt ist, dass diese trotz der für sie nachteilig gewachsenen Strukturen in diesem Bereich partizipieren. Daher geht es bei sämtlichen der vorgeschlagenen Maßnahmen keinesfalls um eine Bevorzugung von Frauen vor Männern. Es geht darum, bestehende Strukturen zu überdenken und darum, strukturelle Voraussetzungen zur Wahrnehmung eines Mandats für beide Geschlechter zu optimieren. Es geht um die Verbesserung der Startbedingungen in der Kommunalpolitik für alle Koblenzer Bürger:innen und darum, Engagement zu fördern.

Die benannten Maßnahmen zielen daher auf eine Verbesserung auf den verschiedenen Ebenen ab. Die Untersuchung hat ergeben, dass sich die Hürden auf dem Weg der Koblenzerinnen zur Kommunalpolitik maßgeblich drei großen Feldern zuordnen lassen: mangelnder Ansprache, einem zu hohen Zeitaufwand und schlechter Information. Diese Hürden gilt es, gemeinschaftlich anzugehen.

Die Stadtverwaltung möchte verbunden mit dieser Untersuchung ein Handlungsangebot an den Stadtrat sowie die Parteien und Wählergruppen unterbreiten. Denn grundsätzlich gibt es für jedes Problem eine Lösung - es muss nur an den richtigen Stellschrauben gedreht werden. Die Entscheidung, an welchen Schrauben gedreht wird, liegt primär in der Hand der Politik, wie auch die Untersuchungsergebnisse deutlich zeigen. Daher richtet sich nicht nur ein Großteil der vorgeschlagenen Maßnahmen unmittelbar an diese, sondern ihr obliegt zugleich in hohem Maße die Entscheidungsgewalt darüber, eine Veränderung der Strukturen anzustoßen. Die Stadtverwaltung bietet hierbei ihre Unterstützung an und sorgt durch Maßnahmen, die in den eigenen Kompetenzbereich fallen, dafür, dass die Ansprache auf einen fruchtbaren Boden fällt und Potenziale gefördert werden. Nur durch Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und Bürger:innen ist eine nachhaltige Steigerung des Frauenanteils der Koblenzer Kommunalpolitik zu realisieren. Und nicht zuletzt braucht es einen **echten Willen** zur Veränderung sowie Kontinuität.

Denn Strukturen an aktuelle Lebensrealitäten anzupassen, bedeutet nicht nur einen langwierigen Prozess, sondern auch, neue – womöglich zunächst auch ungewöhnlich erscheinende - Wege zu gehen. Ungewöhnlich, weil einige Maßnahmen, die dringend versucht werden sollten, schlichtweg ungewohnt sind. Ein „Das haben wir noch nie so gemacht.“ darf aber hier nicht als Absage gelten gelassen werden. Denn „so, wie es bisher gemacht wurde“, konnte seit 100 Jahren kein signifikanter Anstieg des Frauenanteils in der Kommunalpolitik erreicht werden. Dies ist wohl der beste Grund dafür, etwas Neues zu versuchen. Und genau das macht Politik doch aus: Veränderungen anstoßen und mutig den Wandel gestalten.